

Hannes Androsch.
Conditio Austriae

Auf die Frage, was also die Zeit sei, führte Augustinus aus: „Wenn niemand mich danach fragt, weiß ich es, wenn ich es jemandem auf seine Frage hin erklären will, weiß ich es nicht.“ Die gleiche Antwort könnte auch für die Frage nach Österreich stehen. Hans Weigel hat davor gewarnt, dass jemand, der über Österreich schreibt, riskiert, die Zahl der divergierenden und differierenden Anschauungen über das, was unter Österreich zu verstehen und was seine Identität sei, zu erhöhen, indem man sie endlich zu koordinieren meint.

Die heutige Republik Österreich ist ein vergleichsweise junger Staat, der als Folge des Ersten Weltkriegs entstand. Mit diesem ging nicht nur die Habsburgermonarchie, sondern auch das Osmanische Reich unter, weitere Herrscherhäuser, wie die Hohenzoller in Deutschland oder die Romanoffs in Russland, mussten abdanken. Die politische Landkarte Europas erfuhr große Änderungen in Richtung Kleinstaaterei, die bis heute nicht abgeschlossen ist. Damit setzte nach 400 Jahren Dominanz der Bedeutungsschwund Europas ein, der sich noch immer fortsetzt.

Der Ausgang des Ersten Weltkriegs hat den in der Habsburgermonarchie immer stärker gewordenen nationalstaatlichen Bewegungen die Bahn gebrochen. Diese waren nicht nur auf die österreichisch-ungarische Monarchie beschränkt. Deren Zerfall ging im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die Einigungsbewegung von Deutschland und Italien voraus – zwei staatliche Gebiete, die vordem zersplittert waren. Auf dem Gebiet des Habsburgerreichs entstanden nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie sieben Nachfolgestaaten, nach der Epochenzäsur 1989 und der friedlichen Teilung der Tschechoslowakei 1993 ist die Zahl auf elf ange-

stiegen. Österreich, das den historischen Namen beibehielt, bildete den Rest der ehemaligen Donaumonarchie.

Österreich wurde wieder ein Binnenland, so wie es im Grunde auch die Donaumonarchie war, die zwar über eine hochseetaugliche Seeflotte verfügte, aber nie zu einer Seemacht aufstieg und damit auch nie zur Kolonialmacht wurde. Allerdings wurden im 19. Jahrhundert einige Schiffe zu naturkundlichen Entdeckungen ausgerüstet und auf Fahrt geschickt.

In der Gemeinschaft der 2010 gezählten 192 Mitglieder der Vereinten Nationen (an den Olympischen Sommerspielen 2008 in Peking nahmen 204 Nationen teil) liegt Österreich mit einer Fläche von 84.000 km² an 111. und mit einer Bevölkerung von etwas über acht Millionen Menschen an 92. Stelle. Zu Jahresbeginn 2010 lebten beinahe 900.000 Ausländer in Österreich, davon 138.000 Deutsche, 134.000 Serben und fast ebenso viele Türken. Die überwiegende Mehrheit der Österreicher bekennt sich zum römisch-katholischen Glauben. Die zweitgrößte Religionsgemeinschaft bildet mit rund 300.000 Gläubigen der Islam, der bereits in der österreichisch-ungarischen Monarchie staatlich anerkannt wurde.

Die Gesamtausdehnung des Landes beträgt in West-Ost-Richtung 580 km bei einer maximalen Breite von 260 km und der geringsten von nur 34 km. Von der 2637 km langen Staatsgrenze entfallen mehr als 1200 km gemeinsame Grenze auf Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien und die verbleibenden 1400 auf Deutschland und Italien sowie die beiden nicht der EU angehörenden Staaten Schweiz und Liechtenstein. Geografisch umfasst Österreich heute den größten Teil der niedrigen Ostalpen, gekennzeichnet durch ihre Längstäler und die niedrigen Nord-Süd-Übergänge vom Brenner über die Tauern bis zum Pyhrn. Das Land reicht

vom Bodensee bis zum Neusiedlersee, von den Karawanken bis zum Karwendelgebirge. Es ist an einer zentralen Wasserscheide Europas gelegen, seine Flüsse entwässern in die Ostsee, Nordsee und in das Schwarze Meer. Das Kerngebiet Österreichs war seit jeher die Donau. Auf ihrem 2850 km langen Weg vom Schwarzwald bis zur Einmündung in das Schwarze Meer fließt die Donau 358 km durch Österreich. Die landschaftlich reizvolle Vielfalt Österreichs wird bestimmt durch das Alpenvorland, das böhmische Massiv im Mühl- und Waldviertel, das Hügelland im Osten und Südosten sowie das Wiener-, Grazer- und Klagenfurter Becken und den Ausläufer der ungarischen Tiefebene im Burgenland. Dementsprechend weist das Land ein gemäßigtes alpines Klima auf, das im Osten von pannonischen und im südlichen Teil von mediterranen Einflüssen begünstigt wird. Das Land ist reich an Wäldern, Flüssen und Seen, verfügt aber über nur wenige Bodenschätze, darunter Gold, Silber, Eisenerz, Kupfer, Erdöl, Erdgas und vor allem Salz aus dem Urmeer, das sich in Abermillionen Jahren in Bergstöcken abgelagert hat. Ein Abbau der meisten Erze lohnt sich längst nicht mehr. All diese Tatsachen belegen, dass die junge Republik Österreich eine kurze Geschichte, aber tief reichende, weitverzweigte bis weltumspannende historische Wurzeln hat. Österreich ist sehr jung und dennoch gleichzeitig sehr alt.

Die ältesten Spuren menschlicher Besiedelung auf österreichischem Boden reichen 100.000 Jahre in die Steinzeit zurück. Aus dieser Zeit datieren etwa Funde von Steinwerkzeugen in der Repolust-Höhle in der Steiermark. Die beiden üppigen, kleinen Frauenfigürchen, die 32.000 Jahre alte „Venus von Galgenberg“ und die berühmt gewordene 26.000 Jahre alte „Venus von Willendorf“, die beide in der fruchtbaren Donaulandschaft der Wachau gefunden wurden, zählen zu den ältesten Kunstwerken der Welt.

In der Kulturgeschichte der Menschheit nimmt in der älteren Eisenzeit die nach ihrem österreichischen Hauptfundort Hallstatt benannte Epoche (800–400 v. Chr.) einen herausragenden Platz ein. Der Abbau und der Handel mit Salz hatte die Region am Hallstättersee zu einem bedeutenden Wirtschaftszentrum werden lassen. Die ältesten Funde für den Abbau von Salz reichen dort allerdings rund 7000 Jahre zurück, darunter als weltweit einzigartiger Fund eine gut erhaltene Holzstiege aus der Bronzezeit. Wie reich die Hallstattkultur war und wie weit ihre Handelskontakte reichten, zeigen Grabfunde wie wertvolle Glasschalen aus dem oberen Adriaraum und kunstvolle Elfenbeinschnitzereien aus Afrika und Asien. In der Region wird bis heute Salz abgebaut, und

am weißen Faden der Salzgewinnung lässt sich die Geschichte Österreichs bis in die Gegenwart nachvollziehen.

Die Hallstattkultur ging in der jüngeren Eisenzeit in eine von keltischen Stämmen beherrschte Kultur über, die stark von griechischen, etruskischen und römischen Einflüssen geprägt war. An die Keltenzeit erinnern einzelne Ortsnamen, darunter Linz, Hauptstadt des Bundeslandes Oberösterreich und europäische Kulturhauptstadt von 2009, deren keltische Bezeichnung *Lentos* lautete.

Aus dem Zusammenschluss mehrerer keltischer Stämme unter Führung der Noriker um 200 vor Chr. entstand der erste Staat auf österreichischem Boden, das *Regnum Noricum*. Dieses umfasste den Süden und den Osten des heutigen Österreichs. Das Königreich *Noricum* stand mit dem Römischen Reich durch Militärbündnisse und regen Handel in enger Beziehung. Ein von den Römern stark nachgefragtes Handelsgut war das *Ferrum Noricum*, ein hochwertiges Eisen, das aufgrund seiner Festigkeit den Römern bei der Kriegsführung einen technologischen Vorteil einbrachte.

Um 15. v. Chr. wurde der größte Teil des heutigen Österreichs in das Römische Reich eingegliedert und in drei Provinzen aufgeteilt: *Noricum*, *Raetia*, ein von rätischen Stämmen besiedeltes Gebiet, das heute in etwa den Bundesländern Vorarlberg und Tirol entspricht, sowie *Pannonia* auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Burgenland. Die Grenze zum Norden und den dort lebenden Germanenstämmen bildete die Donau. Auf den Resten des am *Donaulimes* gelegenen römischen Legionslagers *Vindobona* entstand Wien.

Die Völkerwanderung, die im fünften nachchristlichen Jahrhundert einsetzte, führte zum Untergang des weströmischen Reichs. Das oströmische Reich sollte noch 1000 Jahre länger bestehen. Das *Imperium Romanum* wirkte als staatliches Ideal bis in die Neuzeit fort. Neben Byzanz verstand sich das Heilige Römische Reich als „*translatio imperii*“, als legitimer Nachfolger des Römischen Reichs. Eine Keimzelle für dessen politische Impotenz waren die jahrhundertelangen, das Reich lähmenden und oft blutigen Auseinandersetzungen zwischen Kaiser- und Papsttum um die politische Vorrangstellung.

Die Krönung des Frankenkönigs Karls des Großen am 25. Dezember 800 in Rom zum ersten Kaiser des Heiligen Römischen Reichs war in Anknüpfung an die Tradition des antiken Römischen Reichs eine Dokumentation der Machtfülle seines neuen, durch zahllose Kriege eroberten Reichs, dessen Ausmaße von der französischen Atlantikküste bis Ungarn und vom Mittelmeer bis zur Elbe reichten. Dem neuen römischen Kaiserreich stand der byzantinische Anspruch auf diesen Titel mit gleicher Universalität gegenüber. Nach der Er-

hebung Karls zum Kaiser fügte daher der byzantinische Herrscher seinem Titel „Basileus“ den Zusatz „ton Rhomaion“ („der Römer“) an. Der Fall von Konstantinopel 1453 sollte schließlich das Selbstverständnis der Metropole am Bosphorus als Zweites Rom endgültig beenden. Viel später sollte Moskau als Drittes Rom tituiert werden, mit dem Verständnis, dass es ein Viertes Rom nie geben wird.

Das Reich Karls des Großen löste sich aufgrund der Erbteilung sowie von Verwaltungs- und Verkehrsproblemen schnell wieder auf. Seine Legitimationsgrundlagen übertrugen sich auf die Nachfolgestaaten. Die Idee der römischen Weltherrschaft, des Imperiums, der „monarchia universalis“, lebte in Spanien ebenso wie in Frankreich und im Heiligen Römischen Reich fort. Mit dieser offiziellen Bezeichnung, die ab dem späten 15. Jahrhundert den Zusatz „Deutscher Nation“ erhielt, wurde der Herrschaftsbereich der deutschen Kaiser vom Mittelalter bis zum Jahre 1806 umschrieben. Allerdings war es weder ein Reich noch römisch noch heilig noch deutsch. Auch das angestrebte „territorium imperialis“ wurde nie Wirklichkeit. Das Heilige Römische Reich war die erste europäische Staatengemeinschaft, der schließlich mehr als 300 Territorialstaaten und freie Städte angehörten. Ohne eigene Staatlichkeit und der gemeinsamen wirtschaftlichen Ausrichtung blieb es allerdings ein zahnloses Gebilde, so wie es heute der EU in der Globalisierung droht, wenn ihre Mitgliedsstaaten nicht zu einer gemeinsamen Finanz- Wirtschafts-, Verteidigungs- und Außenpolitik finden.

Unter Karl dem Großen kamen auch Gebiete der drei ehemaligen römischen Provinzen Noricum, Rätien und Pannonien unter fränkische Herrschaft. Während der Völkerwanderung hatten sich im heutigen Waldviertel die den Westgermanen zuzuzählenden Rugier und später Slawen, im heutigen Vorarlberg der ostgermanische Stamm der Alemannen, im Süden des heutigen Österreichs Slawen und im nördlichen Alpenraum Slawen und in der Folge Bajuwaren angesiedelt. Aus romanisierten Kelten, Slawen, Rugiern, Awaren, Alemannen und Bajuwaren wuchs vom frühen Mittelalter an die Bevölkerung des Alpen- und Donaauraums mit einem „Wir-Gefühl“ zusammen, das auch die Nichtdazugehörigkeit als subtiles und in Spurenelementen bis heute nachwirkendes Merkmal mit einschloss. Als Ausdruck dessen kann vielleicht auch die Vielfalt von regionalen, kulturellen und politischen Organisationen gedeutet werden, von Sport-, Trachten- und Gesangsvereinen über Musikkapellen bis hin zu freiwilligen Feuerwehren, Spar- und Unterstützungsvereinen mannigfaltigster Anliegen.

An so manchem Brauchtum, vor allem an Orts- und Familiennamen, lassen sich die Siedlungsgrenzen der Bajuwaren

und der Slawen bis heute nachzeichnen: Diese ziehen sich von Freistadt in Oberösterreich über den Haselgraben nach Linz und weiter über das Trauntal und das Salzkammergut über die Hohen Tauern und das Gasteinertal bis zum Lesachtal in Osttirol.

In der Region von Niederösterreich ließ Karl der Große nach der Eroberung des Awarereichs zum Grenzschutz die sogenannte Awarische Mark errichten. Diese hielt aber den Eroberungszügen der nachdrängenden Madjaren aus dem Gebiet der Karpaten nicht lange stand. Die von diesem Reitervolk ausgehende Bedrohung wurde von Otto dem Großen 955 mit der Schlacht auf dem Lechfeld bei Augsburg gebannt. Zum Schutz vor den Ungarn, die nach dieser vernichtenden Niederlage in der pannonischen Tiefebene sesshaft wurden und ein eigenes Königreich gründeten, wurde östlich der Enns eine neue Grenzmark errichtet. Zum Markgrafen wurde 976 von Kaiser Otto II. der Babenberger Luitpold (Leopold I.) bestellt. 996 tauchte im Rahmen einer Schenkungsurkunde von Kaiser Otto III., dem Enkelsohn Ottos des Großen, an den Bischof von Freising betreffend Ländereien in und rund um das heutige Neuhofen an der Ybbs erstmals das Wort „Ostarrichi – Land im Osten“ auf. Als Umschreibung des märkischen Landstrichs, der zunächst nur aus kleinen Stücken des heutigen Nieder- und Oberösterreichs bestand, war auch die Namensform „Osterlant“ gebräuchlich. Die latinisierte Form „Austria“ tauchte erst in Schriften des 12. Jahrhunderts auf.

Dennoch wurden in der Zweiten Republik zunächst neunhundertfünfzig und später tausend Jahre Österreich mit großem Aufwand gefeiert. Diese Jubiläumsfeiern rankten sich um einen Namenstag, der jedoch mit keiner historisch gewachsenen Identität unterlegt ist. Auch viele Titel, die später die österreichischen Herrscher führten, wiesen zu keiner Zeit einen übergeordneten Österreich-Begriff auf. Der Große Titel Franz Josephs I. etwa lautete auszugsweise: „Von Gottes Gnaden Kaiser von Österreich, König von Ungarn, Böhmen, Dalmatien, Kroatien, Slawonien, Galizien, Lodomerien und Illyrien, König von Jerusalem, Erzherzog von Österreich, Großherzog von Toscana und Krakau, Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steyer, Kärnten, Krain und der Bukowina, Markgraf von Mähren etc., etc.“ Der ererbte Titel „König von Jerusalem“ war schon damals ein Anachronismus und wurde alleine aus historischen und dem christlichen Glauben verbundenen Gründen beibehalten. Schon lange auch verknüpft niemand mehr die einst unter dem Sammelnamen „Vorderösterreich“ zusammengefassten Besitzungen der

Habsburger, die heute vor allem in der Schweiz, im Elsass, im südlichen Baden-Württemberg und in Schwaben liegen, mit Österreich. Andere österreichische Landesteile haben wiederum ein sehr junges Zugehörigkeitsdatum. Das Land Salzburg etwa kam erst lange nach Mozarts Tod, 1816, zu Österreich. Vorher war es 500 Jahre ein selbständiges Fürst-erbistum und dann kurzzeitig ein Teil Bayerns. Das Burgenland, das in der österreichisch-ungarischen Monarchie zur ungarischen Reichshälfte zählte, ist erst zur Jahreswende 1921/22 der Republik Österreich als eigenständiges Bundesland eingegliedert worden. So gesehen ist Österreich in jüngster Vergangenheit zwei Mal aus seinen Länderteilen heraus neu entstanden.

Die vielfältige Begrifflichkeit von Österreich lässt sich nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Der als „Ostarrichi“ bezeichnete Landstrich kann als Vorstufe für das österreichische Herrscherhaus und die Republik Österreich angesehen werden, ähnlich wie die Mark Meißen und die Mark Brandenburg Vorstufe für Sachsen und Preußen waren.

Den Aufstieg zum Herzogtum verdankte die Mark Österreich einem politischen Tauschgeschäft: Im Zuge eines Konflikts zwischen den einflussreichen Staufern und Welfen ging das Herzogtum Bayern an die Babenberger. Um den Streit zu schlichten, gab Kaiser Friedrich I. Barbarossa, ein Staufer, Bayern den Welfen wieder zurück. Zum Ausgleich wurde 1156 Österreich zum Herzogtum erhoben. Fortan war Österreich ein unabhängiges Herrschaftsgebiet innerhalb des Heiligen Römischen Reichs. Erster Herzog war Heinrich Jasomirgott, der Wien zur Residenzstadt erhob. An ihn erinnert die Jasomirgottstraße gegenüber dem Hauptportal des Stephansdoms in der Wiener Innenstadt.

Die Babenberger waren kluge Herrscher, die jede Gunst nutzten, um ihr Herrschaftsgebiet zu erweitern. Durch Erbschaft erwarben sie das Herzogtum Steiermark, das weit über das heutige Bundesland hinausreichte und auch Teile des heutigen Oberösterreichs, Niederösterreichs und Sloweniens einbezog. Um sich die Gunst Ostroms u.a. im Streit mit dem Erzfeind Ungarn zu sichern, heirateten zwei Babenberger sogar byzantinische Prinzessinnen, die wertvolles Kulturgut in ihre neue Heimat mitbrachten. Damals wurde auch die bis heute gepflegte Tradition von Wien als Zentrum der Begegnung zwischen Ost und West begründet. Heiratsallianzen zwischen dem neu emporgekommenen westlichen und dem traditionsbeladenen östlichen Herrschertum waren selten. Legendär ist die Vermählung von Otto II., dem Sohn von Otto dem Großen, mit der hoch gebildeten byzantinischen Prinzessin Theophanu, die er noch zu Lebzeiten zur Mitkaiserin („Coimperatrix Augusta“) erhob und die nach dem Tod ihres

Mannes bis zum 15. Lebensjahr ihres Sohnes Otto III. für diesen die Regentschaft führte.

In Österreich sind die Babenberger vor allem mit ihren kulturellen Leistungen bis heute präsent geblieben. Dazu zählt der Bau zahlreicher Klöster wie Klosterneuburg, Heiligengreuz, die bedeutendste Grabstätte der Babenberger, und das Schottenstift in Wien, für dessen Aufbau irischschottische Mönche aus dem St.-Jakob-Kloster in Regensburg gerufen wurden. Dieses Kloster war von der landesfürstlichen Gerichtsbarkeit befreit und daher eine Zufluchtsstätte, woran der Name „Freyung“, heute ein großer innerstädtischer Platz vor dem Stift, erinnert.

Wie Karl der Große wurde auch ein Babenberger, Leopold III., heiliggesprochen. Er ist vor allem als Landesheiliger von Niederösterreich im österreichischen Bewusstsein verankert geblieben.

Auch die österreichischen Flaggenfarben Rot-Weiß-Rot gehen auf das Wappen der Babenberger zurück. Deren Ursprung wird gerne mit der Sage in Verbindung gebracht, dass sich die weiße Kleidung eines Babenbergers bei der Eroberung von Akkon im Dritten Kreuzzug rot gefärbt habe. Historiker gehen davon aus, dass der letzte Babenberger, Friedrich II. „der Streitbare“, durch ein neues Wappen mit dem rot-weiß-roten Bindenschild eine größere Selbständigkeit Österreichs signalisieren wollte.

Das politische Projekt des Stauferkaisers Friedrich II., die Herzogtümer Österreich und Steiermark mit Krain zum Königreich zu erheben, um damit mit den benachbarten Königreichen Ungarn und Böhmen gleichzuziehen, scheiterte knapp. Friedrich II. hatte dafür die Bedingung gestellt, die Nichte und Erbin Friedrichs des Streitbaren zu heiraten. Alle Vorbereitungen für die Hochzeit waren bereits getroffen, aber der Hochzeitszug wartete vergeblich auf die Braut, die sich als Parteigängerin des Papstes weigerte, den im Kirchenbann stehenden Kaiser zu heiraten. Ein übergeordnetes frühes Königtum hätte sich sicher positiv auf das österreichische Selbstbewusstsein ausgewirkt, nach außen wie im Inneren (Brigitte Hamann).

Mit dem Tod Friedrichs des Streitbaren, der 1246 im Kampf gegen die Ungarn fiel, erlosch das Geschlecht der Babenberger im Mannesstamm. Da die Nachfolge nicht geregelt war, entbrannten Kämpfe um das strategisch wichtige Land. Um die Wirren zu beenden, die in die kaiserlose Zeit des Interregnums nach dem Tode des Stauferkaisers Friedrich II. fielen, riefen die Stände des österreichischen Herzogtums in einer Selbsthilfeaktion den König von Böhmen, Ottokar Přemysl, ins Land. Dieser sicherte sich mit der Heirat der um 30 Jahre älteren letzten Babenbergerin Margarete, Witwe

des Stauferkönigs Heinrich VII., das Erbrecht für die babenbergischen Stammlande.

Aufgrund seiner Machtfülle galt Ottokar als sicherer Kandidat für den deutschen Königsthron. Die Kurfürsten einigten sich aus wohlverstandenen Eigeninteresse 1273 aber auf den machtpolitisch bedeutungslosen Grafen Rudolf von Habsburg, der nur über die Stammburg Habsburg in der Schweiz und Streubesitz in Schwaben und im Breisgau verfügte. Die Kurfürsten hatten sich mit ihrem Kalkül und in ihrer Zukunftseinschätzung getäuscht. Sie legten mit ihrer Wahl den Grundstein für den Aufstieg der 640 Jahre währenden Herrscherdynastie der Habsburger, nach 1740 der Dynastie Habsburg-Lothringen, die fortan, von wenigen Ausnahmen abgesehen, das Heilige Römische Reich Deutscher Nation bis zu dessen Ende 1806 anführten und im Jahr 1804 das Kaisertum Österreich begründeten. Aus diesem ging 1867 die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn hervor, ehe das Reich der Habsburger mit dem Ende des Ersten Weltkriegs zerbrach.

Der Aufstieg des Hauses Habsburg auf österreichischem Boden begann 1278, nachdem Rudolf I. seinen Erzrivalen Ottokar in der Schlacht auf dem Marchfeld in der Nähe von Wien besiegt hatte. Die von den Habsburgern geförderte Mär vom „bösen“ Ottokar, literarisch in einem Drama von Franz Grillparzer verewigt, entspricht nicht den historischen Tatsachen. Ottokar, der abwechselnd in Wien und Prag eine glänzende Hofhaltung unterhielt und das städtische Bürgertum förderte, galt lange auch in Österreich als „goldener König“.

Nach dem Sieg über Ottokar etablierten sich die Habsburger als Herzöge von Österreich und der Steiermark. Auf dem Erbweg fielen im 14. Jahrhundert auch Kärnten, Krain und Tirol an die Habsburger. Dieser Länderkomplex in den Ostalpen wurde „Herrschaft zu Österreich“ genannt. In der Folge entstanden durch Erbteilungen drei oft im Zuge von Familienfehden der einzelnen Familienlinien der Habsburger heiß umkämpfte Herrschaftsgebiete: Die niederösterreichischen Länder (Ober- und Niederösterreich); die innerösterreichischen Länder (Steiermark, Kärnten, Krain und Inner-Istrien sowie Triest); die vorderösterreichischen Länder (Tirol, Vorarlberg und die schwäbischen sowie elsässischen Vorlande). Diese Länder konnte Friedrich V. aus dem Hause Habsburg, als Friedrich IV. römisch-deutscher König und als Friedrich III. seit 1452 Kaiser des Heiligen Römischen Reichs, während seiner 78 Lebensjahre wieder vereinen, indem er alle familiären Konkurrenten und Gegner beerbte.

Kaiser Friedrich III. anerkannte auch das Privilegium Maius, eine im Auftrag von Rudolf IV. fast hundert Jahre zu-

vor in Auftrag gegebene Fälschung einer Urkunde, in der das Herzogtum Österreich zum Erzherzogtum erklärt wurde. Aus dem Privilegium Maius ergab sich u.a. die Verpflichtung zur Unteilbarkeit der Länder, eine eigenständige Gerichtsbarkeit ohne Möglichkeit den Kaiser anzurufen, und bestimmte Insignien zum Zeichen der Macht. Der erzherzogliche Titel zeichnete später alle Prinzen und Prinzessinnen des Hauses Habsburg von Geburt an aus. Die Legitimität der Ansprüche im Privilegium Maius wurden bis zu den römischen Herrschern Julius Cäsar und Nero zurückgeführt, die der Provinz Noricum, die auf späterem österreichischen Boden lag, bereits besondere Rechte verliehen haben sollen.

Der Grund, warum Rudolf IV. diese Fälschung anfertigen ließ, wird darin gesehen, dass die Habsburger in der Goldenen Bulle von 1356, in der die Stellung der Kurfürsten und deren Privilegierung festgelegt wurden, keine Berücksichtigung fanden. Rudolf IV. fühlte sich dabei auch von seinem Schwiegervater, Karl IV., übergangen. Der Wettstreit mit seinem Schwiegervater, der Prag glanzvoll ausbaute, dürfte auch für den tatkräftigen Rudolf, der den Beinamen „der Stifter“ erhielt, ein Anreiz gewesen sein, mit Wien gleichzuziehen. In seiner Lebenszeit von nur 26 Jahren gründete er auch die nach ihm benannte Alma Mater Rudolphina, nach Prag die zweitälteste Universität im deutschsprachigen Europa. Seinen Beinamen erhielt er aber für den von ihm initiierten Ausbau des Stephansdoms, in dem er auch begraben liegt. Dem von Passau und Salzburg unabhängig gewordenen Kollegialkapitel von St. Stephan stand ein von Rudolf gefürsteter Propst vor.

Mit der reichsrechtlichen Anerkennung des Privilegium Maius sicherte Friedrich III. seinem Haus eine wichtige Machtlegitimation. Er war von einem tiefen Sendungsbewusstsein seines Hauses erfüllt, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass er noch zu seinen Lebzeiten die Wahl seines einzigen Sohnes Maximilian zum König durchzusetzen vermochte. Mit dessen Verheiratung mit Maria von Burgund, Erbin der reichen Niederlande, legte er zudem den Grundstein für die Erweiterung des habsburgischen Machtgebiets zum Großreich.

Maximilian I. gilt als Schöpfer des österreichischen Beamtenstaats. Über diesen sollte der britische Schriftsteller und Österreich-Kenner Edward Crankshaw, auf das 19. Jahrhundert bezogen, schreiben: „Die österreichische Bürokratie war die tüchtigste, menschlichste und unbestechlichste, die man sich vorstellen kann. Praktisch waren in ihr die fähigsten Männer des Kaiserreichs beschäftigt, die selbstlos und treu ihren Dienst taten.“ Vom Schriftsteller Eduard von Bauernfeld wiederum stammt die hintergründige Anmerkung: „Zittere, du großes Österreich, vor deinen kleinen Beamten!“

Kaiser Maximilian, genannt „der letzte Ritter“, ist vor allem als Erbauer des „Goldenen Dachls“, das zum Wahrzeichen von Innsbruck wurde, zur legendären Figur geworden. Den Beinamen bekam er, weil er sich in burgundischer Tradition gerne zum Idealbild des mittelalterlichen Ritters stilisierte. So soll er ein bewunderter Turnierreiter gewesen sein. Als prunkfreudiger Herrscher, Kunstmäzen und Förderer der Wissenschaften war er aber auch ein glanzvoller Vertreter der Renaissance. Wie sein Vater war Maximilian auch den Geheimwissenschaften zugetan. Die verschlüsselten Zeichen, die er am Goldenen Dachl anbringen ließ, sind ebenso ein Enigma geblieben wie die Schriftzeichen AEIOU, die Friedrich III. an vielen Stellen anbringen ließ. Ob dieses als Staatsdevise im Sinne von „Alles Erdreich ist Österreich untertan“ („Austriae est imperare orbi universo“) oder als Anagramm des Namens „Jehova“ oder als persönliches mystisches Monogramm zu deuten ist, wird wohl für immer ein Rätsel bleiben.

Maximilian I. kann als der erste Herrscher mit einem europäischen Selbstverständnis gelten, ließ er doch die erste Münze prägen, die in ihrem Schriftzug den Namen „Europa“ aufwies. Nach seiner Proklamation zum Kaiser im Jahr 1508 ließ Maximilian I. zum Zeichen seiner Macht in Hall in Tirol eine außergewöhnlich große Silbermünze als Propagandataler schlagen. Auf dieser präsentierte er sich u.a. als „König zahlreicher Länder Europas und allmächtigster Fürst“. 500 Jahre nach diesem Ereignis produzierte die in den 1970er Jahren wieder aktivierte Münzprägestätte in Hall aus Anlass dieses Jubiläums erneut einen Europataler in Form einer Silbermünze, der bei Sammlern großes Echo fand.

Maximilian verhalf den Habsburgern mit seiner klugen Heiratspolitik auch zu einer großen Machterweiterung. Der Spruch „Bella gerant alii, tu, felix Austria, nube!“ („Kriege mögen andere führen, du, glückliches Österreich, heirate!“) soll bereits zu seiner Zeit landläufig gewesen sein. Auf diesem Weg sicherte er seiner Dynastie auch die Kronen von Böhmen und Ungarn sowie in Folge der Verheiratung seines Sohnes Philipp des Schönen mit der Prinzessin von Kastilien und Aragon auch die Erbrechte auf Spanien mit seinen neu eroberten Kolonien.

Der Enkel von Maximilian und Maria von Burgund, als Karl I. König von Spanien und als Karl V. Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation, herrschte über ein Reich, in dem die Sonne nie unterging. Diese Zeitspanne ist die einzige, während der Österreich mit dem Besitz von Kolonien in Verbindung gebracht werden kann. Das Reich Karls V. zählte neben dem Mongolischen Reich, dem 1526 auf dem indischen Subkontinent entstandenen Mogulreich und den zu

seiner Zeit von der chinesischen Ming-Dynastie beherrschten Gebieten sowie dem Osmanischen Reich, das 1683 mit der vergeblichen Belagerung Wiens seinen Höhepunkt überschritt, zu den größten Reichen der Weltgeschichte. Das Ideal der Weltherrschaft, die „monarchia universalis“, konnte Karl V. allerdings nicht verwirklichen. Zermürbt von den Herausforderungen seines Amtes, zu welchen im Osten die neu aufflammende Türkengefahr, die kriegerischen Machtkämpfe mit König Franz I. von Frankreich und in den deutschen Landen der Protestantismus und Bauernaufstände zählten, dankte er 1556 als Kaiser des Heiligen Römischen Reichs ab und zog sich in ein Kloster zurück.

Sein Reich wurde zwischen seinem Sohn Philipp und seinem Bruder Ferdinand aufgeteilt. Letzterem hatte Karl bereits 1522 die Statthalterschaft im Heiligen Römischen Reich und in den österreichischen Erblanden übertragen. Nunmehr waren die spanischen Habsburger, die auch den stolzen Namen „Casa de Austria“ trugen, die mächtigste Dynastie der Erde.

1700 starb die spanische Linie als Folge der Heiratspolitik innerhalb der Verwandtschaft aus. Damals wusste man nicht, dass wiederholte Inzucht auch Ursache von geistiger und körperlicher Schwäche ist. Der letzte spanische Habsburger, Karl II., hinterließ keine Erben, weil er zeugungsunfähig war.

Das Haus Österreich kämpfte um das Erbe, musste aber zur Kenntnis nehmen, dass die europäischen Mächte unter der Führung Frankreichs kein Interesse am Entstehen eines neuen Weltreichs hatten. Der verlorene Spanische Erbfolgekrieg bedeutete für das Geschlecht der Habsburger schwere Machteinbußen. Fortan konzentrierten sich die österreichischen Habsburger auf die Ausdehnung ihrer Macht in Ost- und Südosteuropa. So wie der österreichische Schicksalsfluss, die Donau, von West nach Ost fließt, war auch die Politik im Habsburgerreich nach dem Ausgang des Spanischen Erbfolgekriegs nach dem Osten ausgerichtet. Österreich schlug erst nach dem Zweiten Weltkrieg trotz seiner Neutralität eine klare Westorientierung ein.

Im 16. und 17. Jahrhundert konzentrierte sich die Politik der Habsburger in ihren Stammländern vor allem auf die Rekatholisierung und die Abwehr der Türkengefahr. 1683 standen die Türken zum zweiten Mal vor Wien. Waren es 1529 neben dem Kampfgeist der Wiener vor allem widrige Wetterumstände, die die Türken zermürbten und zum Abzug veranlassten, so war es 1683 das zu Hilfe eilende Heer unter Führung des polnischen Königs Sobieski, das den Rückzug der Türken erzwang. Wie einst die Awarische Mark und später die als Ostarrichi bezeichnete Mark war Wien zum Bollwerk

des Abendlands geworden. Die beiden Türkenbelagerungen, um die sich zahlreiche Legenden ranken, sind im kollektiven Gedächtnis der Österreicher verhaftet geblieben. Der – wenn auch kriegerische Kontakt – mit der hochentwickelten Kultur des Orients wirkte auf vielen – vor allem künstlerischen und geistigen – Gebieten nach. Eine beliebte Mär ist noch immer, dass die Türken bei der zweiten Belagerung den Kaffee nach Wien brachten und damit die Wiener Kaffeehauskultur begründeten.

Der Sieg über die Türken und der Sieg der Gegenreformation mündete in die Prachtentfaltung des Barocks und einer Fülle an weltlichen und kirchlichen Bauwerken, die, wie etwa die Stifte Melk und Göttweig, für die Kulturlandschaft Österreichs prägend wurden. Die vielen Zwiebeltürme, die bis heute für die Kirchen im österreichischen, im süddeutschen Raum und in Südtirol charakteristisch sind, wurden zu weit hin sichtbaren Zeugnissen des Triumphs des römisch-katholischen Glaubens nicht nur gegenüber der Gefahr der Islamisierung durch die Türkenkriege, sondern auch gegenüber den Protestanten.

Bis 1600 war mit Ausnahme von Tirol, das nicht von ungefähr den Beinamen „heiliges Land“ trägt, die Bevölkerung fast geschlossen zum Protestantismus übergetreten. Im 17. Jahrhundert war Österreich wieder einheitlich katholisch. Die oft gewaltsame Wiederherstellung der Glaubenseinheit fand ihren Höhepunkt in der Vertreibung von mehr als 100.000 Protestanten, von denen nicht wenige als tüchtige Handwerker und Bauern in Preußen Aufnahme fanden. Die Rekatholisierung wurde auch dazu genutzt, um den aufständischen, überwiegend protestantisch gewordenen einheimischen Adel durch willfähige Emigranten aus Spanien, Italien, Flandern, Portugal, Irland, aber auch deutschen Landen zu ersetzen. Diese sehr unösterreichische Lösung hat, wie Friedrich Heer meint, nicht wenige Brüche im österreichischen Menschentum hinterlassen. Die Kulturosoziologin Ilsa Barea sieht darin auch eine wesentliche Begründung, warum sich in Österreich nie ein starkes Bürgertum entwickelt hat. Der Sieg über den Protestantismus, der in Österreich nie wieder an Einfluss gewann, führte auch zu einer neuen Festigung der „Ehe“ zwischen Thron und Altar. Über lange Zeit bewirkte eine als Staatskirche eingebundene Ecclesia die Ideologisierung staatlicher Macht. Die barocke Pietas Austriaca galt als wesentliche Stütze des Thrones seiner apostolischen Majestät.

Erste Christengemeinden auf österreichischem Boden gab es bereits in der Römerzeit. Eine der bekanntesten war Lau-

riacum an der Enns im heutigen Oberösterreich. Eine Re-Christianisierung ging ab dem 7. Jahrhundert von irisch-schottischen Mönchen und in der Folge von dem Bischofssitz Salzburg aus, der vom heiligen Ruprecht, bis heute Landespatron der Stadt und des Landes Salzburg, begründet wurde. Die kompromisslose Haltung der Habsburger in der Frage nach dem richtigen Glauben führte auch zum Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges. Der Prager Fenstersturz am 23. Mai 1618 – wütende Anhänger Luthers warfen zwei katholische Statthalter aus einem Fenster der Prager Burg – war der Funke, der das angespannte Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken zur Explosion brachte, nachdem von den Habsburgern in Böhmen die bereits garantierte Religionsfreiheit wieder zurückgenommen worden war. Dieser Krieg war für Europa verheerend, was sich an der Bevölkerungszahl des Heiligen Römischen Reichs ablesen lässt, die in der Zeit zwischen 1600 und 1650 von fünfzehn auf zehn Millionen Menschen schrumpfte.

Mit dem 1648 geschlossenen Westfälischen Frieden wurde der Augsburger Religionsfriede wiederhergestellt. Wer die vom Landesherrn festgelegte Religion nicht akzeptieren wollte, hatte das Recht auszuwandern. Damit wurde die bis in unsere Zeit sichtbare Trennung zwischen dem protestantischen Norden und dem katholischen Süden in Europa fixiert. Zudem bewirkten territoriale Verschiebungen eine Neuordnung Europas, für die der Absolutismus mit dem Vorbild Frankreich zur vorherrschenden Staatsform wurde. Nach dem Westfälischen Frieden war das Heilige Römische Reich kaum mehr als ein lockerer Staatenbund. Damit war der Gestaltungsspielraum des Heiligen Römischen Reichs auf die Erhaltung des politischen Status quo ausgelegt.

Das Heilige Römische Reich war dem Ansturm des revolutionären Frankreichs nicht gewachsen. Kaiser Franz II. erhob im Jahr 1804, wenige Monate bevor sich Napoleon in Paris in Gegenwart des Papstes selbst zum Kaiser krönte, die habsburgischen Erbländer zum Kaisertum Österreich und wurde als Franz I. dessen erster Kaiser. 1806 legte Franz II. seine Würde als Kaiser des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation zurück. Dieses erlosch mit diesem Schritt, weil es nur mehr eine inhaltslose Hülse war. Zudem hatte dessen universale Reichsidee gegenüber dem aufkommenden Nationalismus keinen Bestand. Der Versuch einer Neukonstruktion im Rahmen des Deutschen Bundes scheiterte: Österreich gelang es in der Auseinandersetzung mit Preußen nicht, die Vorherrschaft in Deutschland zu erringen. Der Niederlage Österreichs gegen Preußen im Jahr 1866 folgte die Gründung des Norddeutschen Bundes, aus dem 1871 das Deutsche Reich hervorging.

Das alte Österreich wurde in seiner letzten Phase zum Hort des politischen Konservatismus. In wirtschaftlicher Hinsicht war die Monarchie ein „industrialisierter Agrarstaat“. Die liberale Reformpolitik Maria Theresias und der aufgeklärte Absolutismus unter Joseph II. hatte zwar eine günstige Ausgangsbasis für eine erfolgreiche Industrialisierung der Donaumonarchie geschaffen, dieses Potential blieb aber unausgeschöpft. Die Hauptgründe dafür lagen zum einen in der häufig mangelnden industriellen Gesinnung des über Kapital verfügenden Hochadels und zum anderen in dem reaktionären, auf die Aufrechterhaltung des Status quo abzielenden wirtschaftspolitischen System von Fürst Metternich. Weil man das revolutionäre Potential des Industrieproletariats fürchtete, trachtete man, die industrielle Entwicklung nach Möglichkeit zu hemmen. Die Folge war, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Habsburgermonarchie gegenüber Westeuropa immer mehr abfiel. Der Ausbau der Infrastruktur, der Industrie sowie der außenwirtschaftlichen Verflechtungen blieb im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, wie etwa England, Frankreich oder Deutschland, deutlich zurück. Während sich beispielsweise in Deutschland die industrielle Produktion zwischen 1800 und 1888 beinahe verzehnfachte, war in Österreich nur ein halb so rascher Anstieg zu verzeichnen. Auch im Vergleich zur Versiebenfachung der industriellen Weltproduktion im selben Zeitraum fiel das Ergebnis der Monarchie unterdurchschnittlich aus. Zu diesem Bild der verpassten Chancen fügt sich auch die zum Scheitern gebrachte Initiative des von 1848 bis zu seinem Tod 1852 amtierenden Ministerpräsidenten Felix Fürst zu Schwarzenberg, der für die Errichtung eines einheitlichen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiets eingetreten war, das siebzig Millionen Menschen umfasst hätte. Der Plan von Schwarzenberg, der auf den Ideen des protestantischen Handels- und Finanzministers Carl Ludwig Freiherr von Bruck gründete, sah vor, dass mit dem Deutschen Bund als Zentrum eine europäische Freihandelszone unter Einschluss der heutigen Beneluxstaaten und Skandinaviens sowie der damals von Österreich beherrschten oberitalienischen Gebiete entstehen sollte. Den Kampf um die handelspolitische Hegemonie in Deutschland konnte schließlich Preußen zu seinen Gunsten entscheiden. Als es Preußen 1862 gelang, mit Frankreich ein liberales Meistbegünstigungsabkommen abzuschließen, musste die Habsburgermonarchie – vier Jahre vor ihrer militärischen und damit politischen Niederlage gegen Preußen – ihr „wirtschaftliches Königgrätz“ (Heinrich Benedikt) hinnehmen.

Der Wirtschaftsboom der Gründerzeit, der nach dem 1867 mit Ungarn erzielten Ausgleich durch eine Reihe guter Erntejahre bei gleichzeitigen Missernten in Westeuropa aus-

gelöst wurde, fand nach einer immer dramatischer ansteigenden Spekulationswelle schließlich während der Wiener Weltausstellung am 9. Mai 1873 ein jähes Ende. Mit dem damaligen Börsenkrach wurde auch das Ende des kurzzeitigen wirtschaftlichen Liberalismus in Österreich eingeleitet. Die übertriebene Risikobereitschaft wich der Angst vor dem Risiko. Das Streben nach Sicherheit und staatlichen Schutzbestimmungen zugunsten der wirtschaftlichen Eigeninteressen hatte wieder Vorrang. Österreich mutierte zum Land der „privilegierten Unternehmungen [...], des mit Zusicherungen und Schutzbriefen arbeitenden Unternehmertums, das dadurch an Tüchtigkeit verlor.“ Dieser für die damalige Zeit ausgestellte Befund von Robert Musil hat in Österreich seine Gültigkeit niemals ganz verloren.

Der Zwang zur Modernisierung der Wirtschaft wurde insbesondere durch die Reaktivierung des zollpolitischen Abschirmungssystems unterbunden, das die Existenz der handwerklichen und manufakturrellen Betriebsformen weiterhin absicherte. Diese Defensivstellung gegen den Strukturwandel wurde zum wirtschaftlichen Hemmschuh. Als Ergebnis wies vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs nur das russische Zarenreich eine noch geringere Exportintensität als die österreichisch-ungarische Monarchie auf. 1914 war die ökonomische Position der Habsburgermonarchie in Relation zu Westeuropa schlechter als ein Jahrzehnt zuvor.

Die Monarchie zerbrach letztlich an ihren nationalen und sozialen inneren Gegensätzen. Zu den Folgen hat Churchill in seinen Memoiren angemerkt: „Es gibt keine Völkerschaft oder Provinz des habsburgischen Reiches, der das Erlangen der Unabhängigkeit nicht die Qualen gebracht hätte, wie sie von den alten Dichtern und Theologen für die Verdammten der Hölle vorgesehen sind.“ Das entstandene Vakuum brachte gewaltiges Leid über Europa und ermöglichte den Weg für große machtpolitische Verschiebungen. Der tschechische Historiker und Politiker František Paláček hatte bereits 1848 an die Adresse der Nationalversammlung in Frankfurt die mahnenden Worte geschrieben: „Denken Sie sich Österreich in eine Menge Republiken und Republikchen aufgelöst – welcher willkommenere Bauplatz für die russische Universalmonarchie!“

Der gelernte Österreicher soll sich mit dem Untergang der Monarchie im Grunde seines Herzens bis heute nicht abgefunden haben. Das alte Österreich, in dem Deutsche, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Polen, Ruthenen, Kroaten, Slowenen, Serben, Rumänen, Italiener und Juden eine Heimat fanden, ist Vergangenheit. Die universalistisch ausgerichtete Donau-

monarchie ist letztlich am Nationalismus zerbrochen und wurde dabei zur Versuchsstation für den Weltuntergang (Karl Kraus). Die Vielfalt ihrer Völkerschaften hat den Schmelztiegel Wien allerdings zur Inkubationsstätte der Moderne, aber auch zum Inkubator neuer politischer Ideen werden lassen.

Im „letzten Glanz der Märchenstadt“ (Otto Friedländer) begegnet man den Figuren von Arthur Schnitzler, Stefan Zweig, Joseph Roth, Elias Canetti, Franz Werfel, Max Brod, Robert Musil und Hermann Broch. Im realen Leben war das damalige Wien aber auch zeitweiliger Lebensmittelpunkt des Schach spielenden Leo Bronstein alias Trotzki im Literatencafé „Central“; des Josef Dschugaschwili alias Stalin, der 1913 in der Wiener Schönbrunnerstraße wohnte und im Auftrag seines Mentors Lenin eine Studie über die Nationalitätenfrage schrieb; des Josef Broz, der später als Tito bekannt werden sollte und in Wiener Neustadt als Maschinenschlosser arbeitete; der beiden Reichsratsabgeordneten Alcide De Gasperi und Tomas Masaryk, von denen der eine später zu einem der Gründerväter der Europäischen Gemeinschaften und der andere zum Gründer und ersten Präsidenten der Tschechoslowakei werden sollte. Theodor Herzl, Feuilletonredakteur der „Neuen Freien Presse“, schrieb – angeregt durch die Pariser Affäre Dreyfus – in Wien sein Werk über den Judenstaat und begründete damit den Zionismus. Seine Vision sollte in Erfüllung gehen, seine Warnung, die er in einem Brief kurz vor seinem frühen Tod niederschrieb, jedoch ungehört verklingen: „Macht keine Dummheiten, während ich tot bin.“ Zur selben Zeit beherbergte Wien aber auch den in einem Männerheim logierenden Ansichtskartenmaler Adolf Hitler, der aus den verquerten Lehren von Schönerer und Vogelsang, die vom Wiener Bürgermeister Karl Lueger populistisch instrumentalisiert wurden, eine politische Ideologie des Antisemitismus und des Rassenwahns zimmerte. Diese sollte zur monströsen politischen Wirklichkeit werden. Den Nährboden dafür bildete neben wirtschaftlicher Not und politischer Unzufriedenheit auch eine traurige antijudaistische Tradition im Christentum, vor allem in seiner römisch-katholischen Linie. Durch Darwin, Gobineau und Chamberlain kam im 19. Jahrhundert eine neue rassistische Dimension hinzu.

Das gesellschaftliche Wien von damals inspirierte Sigmund Freud, der eine Privatdozentur für Neuropathologie an der Universität Wien inne hatte und in der Berggasse im neunten Wiener Gemeindebezirk wohnte und ordinierte, zur Theorie der Psychoanalyse, in der er nicht zuletzt die „verschwiegene Dimension“ einer am Abgrund stehenden Gesellschaft aufdeckte. Aus den Diskussionen entwickelten sich rasch weitere Wiener Schulen: die auf Alfred Adler zurück-

gehende Wiener Schule der Individualpsychologie und die von Viktor Frankl gegründete Wiener Schule der Existenzanalyse und Logotherapie.

Es mag als typisch österreichisches Schicksal gelten, dass die Lehre Freuds nie im eigenen Land, dafür jedoch in den USA höchste Geltung erlangte. Welches Land aus dieser Konstellation den größeren Nutzen gezogen hat, mag so wie bei der Wiener Schule der Nationalökonomie dahingestellt bleiben. Zu den prominentesten Vertretern der von Carl Menger begründeten ökonomischen Schule zählen Eugen Böhm-Bawerk, Friedrich Wieser, Israel Kirzner, Oskar Morgenstern, Fritz Machlup, Gottfried Haberler und Ludwig von Mises, dessen Schüler Friedrich August von Hayek 1974 für seine Arbeiten über die Geld- und Konjunkturtheorie den Nobelpreis erhielt. Zu den bedeutendsten Ökonomen mit Wiener Wurzeln zählen Josef A. Schumpeter und Peter F. Drucker, der Begründer der modernen Managementlehre. Drucker erzählt gerne von der Begebenheit, dass er als Kind auf dem Schoß von Schumpeter saß, wenn diesen seine Eltern besuchten. Schumpeter erlangte mit seiner ökonomischen Theorie über Konjunkturzyklen und die Bedeutung von Innovationen nach der Ostöffnung, vor allem aber in der weltweiten Krise im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, erneut große Bedeutung. Entgegen seinem Wunsch erhielt Schumpeter aber nie eine Berufung an seine Alma Mater in Wien.

Wien verkörperte im Fin de Siècle ein geistiges Zentrum von Weltgeltung, wo neue Denkansätze gewagt und neue wissenschaftliche Systeme und Disziplinen entwickelt wurden. Diese geistigen Innovationen basierten zumeist auf der Zusammenschau der Disziplinen, auf der Vereinigung bisher getrennter Sichtweisen unter neuen Aspekten. Charakteristischerweise stehen diese österreichischen Denker meist offenen Systemansätzen nahe, deren Konzeption sich gegen die bislang behauptete österreichische Feindschaft gegen das rein Abstrakte und gegen das Aufbrechen von Tabus wendet und stattdessen ein integratives, interdisziplinäres Denken favorisiert. Dieses Denken war für die vom Philosophen Sir Karl Popper entwickelte Konzeption einer offenen Gesellschaft ebenso bedeutsam wie für die vom Biologen Ludwig von Bertalanffy entwickelte Theorie der offenen Systeme oder für das dichterische Werk von Hermann Broch. Sie alle machten sich auf diese Weise eine spezifisch österreichische Weltsicht zunutze. Der „therapeutische Nihilismus“, wie ihn die Wiener Medizinische Schule im 19. Jahrhundert entwickelte, und das naturwissenschaftliche Prinzip der Skepsis wurde von Popper auch in den Disziplinen der Philosophie und der Sozialwissenschaften eingefordert. Die Skepsis gegenüber

den eigenen Behauptungen, das Aufspüren von gegenteiligen Tatsachen, die Lust, die Produkte eigener Erkenntnis wieder in Frage zu stellen, all diese Eigenschaften einer nestroyartigen Selbstkritik als Ausfluss einer spezifisch österreichischen Weltsicht wurden zum bestimmenden Merkmal des neuen wissenschaftlichen Arbeitens (William M. Johnston, Carl Schorske).

Damit verbundene Namen sind in der Philosophie neben Karl Popper Moritz Schlick und Ludwig Wittgenstein; in der Mathematik Rudolf Carnap, Otto Neurath, Hans Hahn und Abraham Wald; in der Logik Kurt Gödel, Herbert Feigl und Friedrich Waismann; in der Soziologie Paul Lazarsfeld, Maria Jahoda und Hans Zeisel, die gemeinsam die international bekannt gewordene und 1933 erschienene Studie „Die Arbeitslosen von Mienthal“ verfassten; in der Physik Erwin Schrödinger, Victor Franz Hess, Ernst Mach und Lise Meitner; in der Chemie Carl Djerassi; in den Neurowissenschaften Eric R. Kandel; in der Wirtschaftspsychologie Ernst Dichter, der Vater der modernen Werbepsychologie und der Motivforschung; in der Psychiatrie Julius Wagner-Jauregg; in der Medizin Lorenz Böhler, Karl Landsteiner und Otto Loewi; in den Staatswissenschaften Hans Kelsen; in der Musik Gustav Mahler, Arnold Schönberg, Alban Berg, Anton von Webern, Ernst Krenek, Franz Lehár, Emmerich Kálmán, Edmund Eysler und Robert Stolz; in der bildenden Kunst Gustav Klimt, Egon Schiele, Richard Gerstl, Oskar Kokoschka und Alfred Kubin; in der Dramaturgie Max Reinhardt und in Architektur und Design Otto Wagner, Kolo Moser, Josef Hoffmann, Adolf Loos und Clemens Holzmeister – um nur einige wenige zu nennen.

Vielen großen Künstlern, Philosophen, Literaten und Wissenschaftlern ging die Heimat Österreich mit den Ereignissen der beiden Weltkriege, durch Emigration, Kriegstod oder Vernichtung im Holocaust für immer verloren. Von diesem geistigen Aderlass konnte sich Österreich nie mehr wirklich erholen.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs ergab sich nach Franz Kafka „aus einem entsetzlichen Mangel an Phantasie“. Die erstaunliche Unkenntnis der komplizierten politischen Verhältnisse förderte ebenso wie die Blindheit für das Machtvakuum, das die Auflösung der Donaumonarchie zur Folge haben musste, eine Entwicklung, in der dann auch der Anschluss 1938 vielen nur als eine unvermeidliche Konsequenz erschien, die man resignierend zur Kenntnis zu nehmen hatte. Hugo von Hofmannsthal räsonierte 1919 denn auch kryptisch: „Auf das, was nun kommen muss, sind wir tiefer vorbereitet als

sonst jemand in Europa.“ Wie hoch die Leidensgrenze werden sollte, erahnte er aber sicherlich nicht: Ein um 1900 auf österreichischem Boden geborener Staatsbeamter etwa musste, eine durchschnittliche Lebensdauer vorausgesetzt, zwei Weltkriege durchmachen, fünf Hymnen lernen, sieben Eide schwören, fünf Währungen erleben, mehrfach seine Ersparnisse verlieren und sechs Staatsbezeichnungen über sich ergehen lassen. Dies bedingte ebenso wie der Mangel an Liberalismus in der österreichischen Geschichte wohl manche Widersprüchlichkeit der österreichischen Seele.

Die Meldung, dass nun Krieg sei, kommentierte der damalige britische Außenminister Sir Edward Grey (1862–1933) mit den Worten: „In ganz Europa gehen die Lichter aus; zu unseren Lebzeiten werden wir sie nicht wieder angehen sehen.“ („The lamps are going out all over Europe; we shall not see them lit again in our lifetime.“) Sir Grey sollte mit dieser düsteren Prophezeiung Recht behalten. Die Opferbilanz und die Zerstörungen des Ersten Weltkriegs legen dafür ebenso trauriges Zeugnis ab wie jene des nach einem kurzen Intermezzo von einundzwanzig Jahren nachfolgenden Zweiten Weltkriegs. Die in der Konferenz von Jalta im Februar 1945 hingenommene Zweiteilung Europas und die in der Konferenz von Potsdam besiegelte Grenzziehung der Besatzungszonen hatten zur Folge, dass die Lichter auf dem Kontinent nicht wieder zeitgleich angingen. In jenem Teil Europas, der unter die Vormachtstellung des sowjetischen Imperialismus geriet, blieben die Lichter bis 1989 erloschen, dem Jahr, in dem der Eiserne Vorhang durchschnitten und schließlich beseitigt, die Berliner Mauer niedergerissen und der Untergang der östlichen Hegemonialmacht Sowjetunion auch nach außen sichtbar eingeleitet wurde. In Westeuropa begannen die Lichter schon 44 Jahre zuvor, 1945, erneut zu brennen.

Österreich, das 1945 innerhalb seiner Grenzen von 1918 wieder zu existieren begann, stand damals erneut vor den Trümmern seiner Existenz. Im Gegensatz zu 1918 gab es 1945 jedoch keine Zweifel an der politischen und wirtschaftlichen Lebensfähigkeit des Landes, vor allem nicht an seiner (Über-)Lebensbereitschaft.

Als am 12. November 1918 von der Rampe des Parlamentsgebäudes in Wien die Gründung der Republik „Deutschösterreich“ ausgerufen wurde, war die Zukunft des neuen Staates, von dem der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau bei der Friedenskonferenz von St. Germain gesagt haben soll: „Der Rest ist Österreich“ („L’Autriche c’est ce qui reste“), mehr als ungewiss. Nicht einmal die Grenzen Österreichs waren definitiv festgelegt. Der durch eine Volksabstimmung vom Mai 1919 untermauerte Wunsch der Vorarlberger, sich an die Schweiz anzuschließen, scheiterte an

der Ablehnung der Schweizer Regierung. Die Intention der Tiroler Landesregierung, eine eigene Republik auszurufen, scheiterte am Widerspruch der Entente. Der Diskussion, „Deutschösterreich“ an das ebenfalls republikanisch gewordene Deutschland anzuschließen, was auch von Sozialdemokraten wie Karl Renner, Otto Bauer oder Adolf Schärf als erstrebenswert erachtet wurde, wurde mit dem im Friedensvertrag von St. Germain festgelegten Verbot der politischen Vereinigung der beiden Länder ein Ende gesetzt. Als Konsequenz musste auch der Name „Deutschösterreich“ in „Republik Österreich“ umgewandelt werden.

Am 10. September 1919 wurde im Königsschloss von St. Germain in der Nähe von Paris vom österreichischen Staatskanzler Karl Renner ein Diktat-Friedensvertrag, von Renner als Staatsvertrag benannt, zwischen seinem Land und den siebenundzwanzig „Alliierten und Assoziierten Mächten“ unterzeichnet. In diesem wurde das Territorium des neuen Staates festgelegt, der mit knapp sieben Millionen Einwohnern den verbliebenen Rest des einstigen Großreiches bildete, das immerhin 53 Millionen Einwohner gezählt hatte.

Die junge Republik war ein Staat wider Willen, ein „Staat, den keiner wollte“ (Hellmut Andics) und ein Staat, dessen wirtschaftliche Lebensfähigkeit allenthalben tief bezweifelt wurde.

Der eine Teil der Gesellschaft trauerte einem vergangenen Reich nach, während ein anderer Teil schon von einem neuen träumte. Eine gemeinsame politische Basis fand die neue Republik, die als Versatzstück der Konkursmasse des Vielvölkerstaats gesehen wurde, lediglich in ihrer Ablehnung der Monarchie als Staatsform; Karl Kraus variierte die alte Kaiserhymne in diesem Sinne: „Gott erhalte, Gott beschütze vor dem Kaiser unser Land [...]. Nimmer sei mit Habsburgs Throne Österreichs Geschick vereint!“

Der Friedensvertrag von St. Germain war schlimmer und demütigender als der von Versailles. Die Grundsätze des 14-Punkte-Programms von Thomas Woodrow Wilson, vor allem die Selbstbestimmung, wurden schändlich missachtet. Die aus seinen Bestimmungen resultierende Knebelung der österreichischen Wirtschaft, der ohnedies von den meisten keine ernstlichen Überlebenschancen eingeräumt wurden, verschärfte zusätzlich die ökonomische und soziale Krise der Zwischenkriegszeit. Kaum ein Staat war ökonomisch gesehen von den Folgen des Ersten Weltkriegs so betroffen wie Österreich.

Die Erste Republik war ein wirtschaftlich zerrüttetes Land. Abgeschnitten von den einstigen wirtschaftlichen Zentren der Monarchie und belastet durch hohe Reparationsleistungen, drohte dem kleinen Land eine Hungerkatastrophe.

Diese konnte nur durch Lebensmittelhilfen aus der Schweiz und den USA abgewendet werden. Eine vom Völkerbund in Genf 1922 gewährte Anleihe zur Eindämmung der Inflation bewirkte aufgrund der Auflagen zugunsten einer restriktiven Budgetpolitik schon in den 20er Jahren eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die durch die Weltwirtschaftskrise von 1929 dramatisch verschärft wurde. 1931 brach die bedeutendste Bank des Landes, die Creditanstalt, zusammen, ein Ereignis von vergleichbarer Sprengkraft wie der Untergang von Lehman Brothers 2008. Ein weiterer Schlag für das Finanzwesen Österreichs war das Ende des Versicherungsriesen Phönix.

1933 waren in Österreich bei 1,6 Millionen unselbständig Beschäftigten 557.000 Menschen ohne Arbeit, von denen rund 40 Prozent keine staatliche Unterstützung mehr erhielten. Die wirtschaftliche Abwärtsspirale wurde zusätzlich durch die im Mai 1933 erlassene Tausend-Mark-Sperre des soeben in Deutschland im Unterschied zum Austrofaschismus unter Dollfuß ganz legal an die Macht gekommenen NS-Regimes verschärft. Jeder nach Österreich reisende Deutsche musste eine Abgabe von 1000 Reichsmark zahlen. Die Folgen für den österreichischen Fremdenverkehr, schon damals ein wichtiger Wirtschaftszweig, waren verheerend.

Diese Gegebenheiten trugen entscheidend zur innenpolitischen Destabilisierung der jungen parlamentarischen Demokratie und der Verschärfung der innenpolitischen Lage bei. Es kam zur Ausbildung paramilitärischer Wehrverbände, des Republikanischen Schutzbundes der Sozialdemokraten sowie der Heimwehr- und Frontkämpferverbände der Christlichsozialen. Diese standen sich bald unversöhnlich gegenüber. Nach der Ausschaltung des Parlaments und der Etablierung des autoritären Ständestaates 1933, der eine unheilvolle Allianz mit der römisch katholischen Kirche einging, kam es im Februar des Folgejahres zu einem kurzen, aber folgenschweren Bürgerkrieg, der zum Verbot der Sozialdemokraten führte. Im selben Jahr, am 25. Juli 1934, fand ein Putschversuch der Nationalsozialisten statt. Dieser wurde blutig niedergeschlagen, mit fast 300 Todesopfern, darunter auch Bundeskanzler Engelbert Dollfuß. Die Naziartei wurde daraufhin verboten, viele ihrer Mitglieder interniert, zahlreiche Nazis flüchteten nach Deutschland.

Der kleine Staat Österreich konnte sich dem Druck Hitlers noch vier Jahre widersetzen, aber die völlig verfehlte Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierungen Dollfuß und Schuschnigg, der als Zielsetzung die Anlegung von Goldreserven wichtiger war als die Verringerung der Arbeitslosigkeit, brachte die Republik in eine lebensbedrohende Situation. Die nationalsozialistische Partei selbst hat bis zu ihrem Verbot nie besonderen Zulauf gehabt. Bei den letzten freien Natio-

nalratswahlen im November 1930 errang die NSDAP nur drei Prozent der abgegebenen Wählerstimmen. 1938 gab es knapp 13.000 zahlende illegale Mitglieder der NSDAP, das waren weniger als 0,2 Prozent der Bevölkerung. Nachdem Hitler am 12. Februar 1938 Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg in Berchtesgaden unter Druck gesetzt hatte, verlangte Letzterer eine Volksabstimmung. Weil Hitler wusste, dass diese Abstimmung mit Sicherheit eine klare Mehrheit gegen den Anschluss bringen würde, wurde der gewaltsame Anschluss angeordnet. Schuschnigg beschloss seine letzte Rede im Radio mit den Sätzen: „Wir weichen der Gewalt“ und „Gott schütze Österreich“. Am 12. März 1938 erfolgte der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich. Damit war die Annexion, die Eingliederung in das Deutsche Reich vollzogen. Nicht einmal der Name Österreich blieb erhalten und selbst die Bezeichnung „Ostmark“ wurde rasch durch Namen von Alpen- und Donaugauen ersetzt.

Von Mexiko abgesehen protestierte kein Drittstaat gegen die Annexion Österreichs. Im Ausland hat man den Austrofaschismus, der illegal die Macht an sich gerissen hatte, ebenso akzeptiert wie Hitler als Reichskanzler, dessen antidemokratische Politik und dessen Unrechtsstaat. Fast sieben Jahre lang wurde Hitler hofiert, wie etwa bei der Olympiade 1936. Trauriger Höhepunkt dieser Politik war das Münchner Abkommen vom 30. September 1938 und seine Folgen.

Es ist eine Tatsache, dass der am 13. März 1938 militärisch vollzogene Anschluss Österreichs von einem erheblichen Teil der einheimischen Bevölkerung begeistert begrüßt wurde. Die mit diesem Datum verbundene negative Zäsur der österreichischen Geschichte muss allerdings vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Misere, innerer Zerrissenheit, politischer Polarisierung sowie Verfolgung Andersdenkender durch die austrofaschistische Diktatur und mit besonderem Bezug auf die Geschehnisse des Jahres 1933 und den Februar 1934 gesehen werden. Ohne diese können die nachkommenden Ereignisse nicht begreiflich gemacht werden. Der schmachvolle, beklemmende Höhepunkt dieser in den Abgrund führenden politischen Entwicklung fand am 15. März 1938 am Wiener Heldenplatz statt. Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 10. April 1938 erbrachte ein Resultat von über 90 Prozent Ja-Stimmen. Allerdings war zuvor eine enorme Propagandawalze und Terrorwelle von illegalen Nazis über das Land gerollt, und selbst Karl Renner und Kardinal Innitzer hatten die Empfehlung abgegeben, mit „Ja“ zu stimmen. Dazu kam die Angst, im Falle der Abgabe einer Nein-Stimme – in den meisten Wahllokalen wurde man aufgefordert, offen abzustimmen – von der Gestapo vorgeladen zu werden.

Der jubelnden Menge auf dem Heldenplatz muss aber auch die große Zahl jener gegenüber gestellt werden, die angsterfüllt und ahnungsvoll zu Hause saßen. Nicht zu vergessen ist, dass sich unmittelbar nach dem Anschluss Widerstand erhob, der ebenfalls seine Opfer forderte. Aus heutiger Sicht, auf der Basis von persönlicher Sicherheit und politischer Freiheit, lässt sich vor allem für die jüngeren Generationen oft nur schwer nachvollziehen, welch ungeheuren Mut und persönliche Kraft es erfordert haben muss, sich gegen das Nazi-Regime aufzulehnen, gegen dessen alle Lebensbereiche umfassenden Totalitätsanspruch samt den furchtbaren Konsequenzen für jeden missliebigen Gewordenen. Hannah Arendt hat dies in ihrem Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“ eingehend analysiert.

Auch in Österreich gingen die Nazis von Anfang an unerbittlich gegen ihre Gegner vor. Alleine zwischen dem Einmarsch der deutschen Truppen und der von Hitler inszenierten Volksabstimmung gab es rund 76.000 Festnahmen durch die Gestapo. Am 1. April, zehn Tage vor der Abstimmung, wurden die ersten politisch Verfolgten in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Darunter befand sich ein großer Teil der politischen Führungsgarnitur der späteren Zweiten Republik. 65.000 von den insgesamt 180.000 österreichischen Juden wurden in den folgenden Jahren verschleppt und in den KZs ermordet. Weitere 16.000 Österreicher starben in Gestapo-Haft, beinahe 20.000 kamen in den Konzentrationslagern ums Leben, knapp 3000 wurden von den Volksgerichtshöfen zum Tode verurteilt und hingerichtet. 274.000 Soldaten und mehr als 24.000 Zivilisten kamen im Krieg um.

Von all diesen Geschehnissen ging aber keine identitätsstiftende Wirkung aus. Diese setzte vielmehr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Ende der sieben Jahre währenden Nazi-Diktatur ein. Erst im Ringen um die Wiedererlangung der Freiheit, dem Bemühen um den Abzug der Besatzungsmächte sowie im Zuge des Wiederaufbaus entstand ein positiv besetztes Österreich-Bewusstsein. Dieses bildete auch die Grundlage für den Aufstieg Österreichs von einem Armenhaus zu der Gruppe der reichen Industriestaaten, in denen – laut dem Befund des in London lebenden und über familiäre Wiener Wurzeln verfügenden Historikers Eric Hobsbawm – ein Durchschnittsbürger heute besser lebt als vor 200 Jahren ein Monarch. Österreich konnte sich im Windschatten des Kalten Krieges nicht zuletzt auf Grundlage der Marshall-Plan-Hilfe zu einer wirtschaftlich prosperierenden Nation mit einem hohen Maß an sozialer und innerer Sicherheit, Massenwohlstand, breiter Wohlfahrt, einer intakten

Umwelt und insgesamt einer hohen Lebensqualität hinaufarbeiten.

Zu einer Willensnation wurde Österreich erst nach 1945, vor allem nach 1955. Es bedurfte der Schrecken der Nazizeit, des Zweiten Weltkriegs und der zehnjährigen Besatzung durch die vier Alliierten, dass Sozialdemokraten und Christdemokraten, die erbitterten politischen Gegner während der Ersten Republik, zusammenfanden. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Sozialdemokraten bereits während der Zeit des Austrofaschismus, also zwischen 1934 und 1938, der politischen Verfolgung ausgesetzt waren. Beide Gruppierungen sind schließlich zu gemeinsamen Opfern der Nazis geworden. Ihre Vertreter landeten in den Gefängnissen und den Konzentrationslagern, wo sie in den Lagerstraßen über die ideologischen Grenzen hinweg zueinander fanden. Die Aussöhnung der römisch-katholischen Kirche mit der sozialdemokratischen Arbeiterwelt sollte erst in den 1970er Jahren durch den legendären Wiener Kardinal Franz König erfolgen.

In der Zweiten Republik wurde die Koalition zwischen den beiden Großparteien SPÖ und ÖVP zur vorherrschenden Regierungsform. Diese Konkordanzpolitik hatte allerdings den Preis, die Geschichte vor 1938 zu tabuisieren. Die Aufarbeitung der Ära des Austrofaschismus, aber auch das Verhalten der Alliierten in den Schicksalsjahren von 1919, 1933 und 1938 ist bis heute nicht wirklich erfolgt.

Nach 1945 kam es in Österreich zwar zunächst zu einer strengen Verfolgung der ehemaligen Nationalsozialisten durch die Regierung, nicht aber zu einer Verfolgung der Verbrechen des Austrofaschismus, obwohl dies ursprünglich in dem vom späteren Staatskanzler Karl Renner entworfenen Regierungsprogramm enthalten war. In diesem Papier stellte Renner Nationalsozialisten und Faschisten auf eine Stufe. Von dieser rigorosen Haltung ist Renner 1946 allerdings wieder abgerückt. Er trat in der Folge dafür ein, das Nazi-Problem in einer differenzierten, der Mitverantwortung und Schuld des Einzelnen angepassten Weise zu lösen.

Am rigorosesten gingen die Amerikaner gegen die ehemaligen Nationalsozialisten und Austrofaschisten in Österreich vor. Diese Aufgabe war dem CIC, dem „Counter Intelligence Corps“, übertragen worden, das jeder amerikanischen Armee angegliedert war. Das CIC führte Listen von Personenkategorien mit sich, die automatisch zu verhaften und in das Anhaltelager Glasenbach bei Salzburg zu verbringen waren. Diese als „Automatic Arrest List“ bezeichnete Aufstellung schloss ursprünglich auch die Führer der Heimwehren bzw. der seinerzeitigen bürgerlichen Wehrverbände ein. Sie wurden als „Faschisten“ in die gleiche Kategorie wie die „Natio-

nalsozialisten“ gestellt. Es stellte sich allerdings bald heraus, dass dieses Ansinnen nicht in aller Rigorosität durchzuziehen war, weil dann zahlreiche Regierungsmitglieder, wie die beiden ehemaligen KZ-Insassen Figl und Raab, ebenfalls hätten verhaftet werden müssen. Dies förderte die Tabuisierung der austrofaschistischen Ära und deren Wurzeln.

Was die nationalsozialistische Vergangenheit betrifft, so erließ die erste österreichische Regierung harte Gesetze zur Bestrafung von Nazis und Kriegsverbrechern. Das Verfassungsgesetz über „Kriegsverbrechen und andere nationalsozialistische Untaten“ aus dem Jahr 1945 war überaus streng. In mehr als 130.000 Fällen kam es zu Verfahren wegen Verbrechen nach dem Verbotsgesetz und wegen Verbrechen nach dem Kriegsverbrechergesetz. Im Rahmen der Straf- und Sühne Gesetze für alle, die im Namen des Nationalsozialismus persönliche Schuld auf sich geladen hatten, wurden knapp 600.000 Österreicher registriert. 100.000 von ihnen wurden aus öffentlichen Ämtern entlassen, fast ebenso viele erhielten Berufsverbot. Diese Verfahren, über die die Medien ausführlich berichteten, erregten in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit. Zur Bestrafung der Nazis gehörte auch das Verbot der Teilnahme an der ersten freien Wahl im November 1945.

Nicht nur aus heutiger Sicht ist aber das gravierende Versäumnis zu beklagen, dass im Rahmen der Entnazifizierung und der gerichtlichen Verfolgung österreichischer Kriegsverbrecher ausschließlich auf deren persönliche Schuld abgestellt wurde und eine Diskussion über eine gemeinsame österreichische Sühnepolitik gegenüber den Opfern des Holocaust und den Vertriebenen in angemessener Form unterblieb.

Österreich zog sich auf die Position der Opfer-These zurück, wonach Österreich, das während der sieben Jahre dauernden nationalsozialistischen Herrschaft als eigener Staat und juristische Rechtspersönlichkeit zu existieren aufgehört hatte, keine Schuld am Anschluss und an den sich daraus ergebenden Folgen erwuchs. Dieser Auffassung wurde auch durch die Alliierten Mächte in der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 entsprochen, worin diese von sich aus und ohne die Beeinflussung durch österreichische Kreise unser Land als erstes Opfer Hitlers bezeichneten. („Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sind darin einer Meinung, dass Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll [...]. Sie erklären, dass sie wünschen, ein freies unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen [...].“) Die Alliierten sahen sich Österreich gegenüber als Befreier und machten sich folglich

die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs zur Aufgabe.

Die Moskauer Erklärung enthielt allerdings auch den Passus: „Österreich wird aber auch daran erinnert, dass es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entinnen kann, und dass anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.“

Österreich hatte im Widerstand gegen das Naziregime fast 40.000 Opfer zu beklagen, die durch die Volksgerichtshöfe, in Gestapo-Haft oder in Konzentrationslagern den Tod fanden. Auch die Mitglieder der ersten österreichischen Nachkriegsregierung kamen fast alle aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern des NS-Regimes. Zwölf der siebzehn erstangewählten Mitglieder des Kabinetts Figl I waren ehemalige KZ-Häftlinge. Sie waren als Todgeweihte selbst zu Opfern geworden. Die meisten Abgeordneten zum ersten Nationalrat nach dem Krieg waren zum Teil mehrfach politisch Verfolgte. Allerdings muss wohl fraglich bleiben, was diesbezüglich von den Bewohnern eines Landes unter einem totalitären Terror-Regime überhaupt einforderbar ist.

Vor diesem Hintergrund ist auch leicht erklärbar, warum der ursprünglich in der Präambel des Entwurfes zum Vertrag für die Wiedererrichtung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs enthaltene Passus, dass Österreich nach der gewaltsamen Annexion durch Hitler-Deutschland „als integrierender Teil Hitler-Deutschlands am Kriege gegen die Alliierten und Assoziierten und gegen andere Vereinte Nationen teilnahm und dass Deutschland sich zu diesem Zwecke österreichischen Gebietes, österreichischer Truppen und materieller Hilfsquellen bediente, und dass Österreich eine Verantwortlichkeit, die sich aus dieser Teilnahme am Kriege ergibt, nicht vermeiden kann“, in der Außenministerkonferenz in Wien am 14. Mai 1955 auf Antrag von Außenminister Leopold Figl gestrichen wurde. Einen Tag später, am 15. Mai, wurde der Staatsvertrag unterschrieben.

Im Zuge des demokratischen Festigungsprozesses in der Nachkriegsära erwies es sich als immer schwieriger, die rund 550.000 registrierten Nazis, beinahe ein Zwölftel der österreichischen Bevölkerung, auf Dauer auszugrenzen. Zudem führte der gewaltige Aderlass Österreichs an geistigem und menschlichem Potential, das durch die beiden Exodus-Wellen der Jahre 1933 und 1938 zuvor bereits ausgedünnt war, sehr bald zu Engpässen bei der Besetzung wichtiger Positionen. So gab es einen beträchtlichen Mangel an Lehrern, Ärzten, Apothekern, Beamten und Managern. Dies machte Amnestien notwendig.

Die Beendigung der Ausgrenzungspolitik gegenüber den registrierten Nationalsozialisten wurde auch durch den Beginn des Kalten Kriegs beschleunigt. Im Zuge dieser Entwicklung gaben die Westalliierten ihre Vorbehalte gegenüber den Nazis weitgehend auf und erblickten in ihnen nunmehr zuverlässige Antikommunisten. So bekam etwa der SS-Spionagechef Höttl von den Amerikanern in Gmunden eine Villa zugewiesen, um sein altes SS-Agentennetz gegen den Osten wieder zu aktivieren.

Bei den Wahlen zum Parlament 1949 waren auch die ehemaligen Nationalsozialisten wieder zugelassen. Zwischen den politischen Parteien, einschließlich der Kommunisten, setzte ein Buhlen um deren Wählerstimmen ein. Bei dieser Wahl trat erstmals auch der neu gegründete VdU – Verband der Unabhängigen – an. Dessen Gründung wurde vor allem von der SPÖ mit dem Ziel unterstützt, der ÖVP die Stimmen ehemaliger Nazis zu entziehen und das bürgerliche Lager zu spalten. Der VdU erzielte bei den Nationalratswahlen am 9. Oktober 1949 mit einer Wahlbeteiligung von fast 97 Prozent einen Anteil von knapp 12 Prozent. Aus dem VdU ist später die FPÖ, die Freiheitliche Partei, entstanden, von der sich 2005 das BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) und von diesem wiederum eine wahlwerbende Gruppe in Kärnten abgespalten hat.

Die demokratische Staatsform ist unumstrittener Bestandteil des österreichischen Selbstverständnisses geworden. Die Sanktionen, die im Jahr 2000 nach der Regierungsbeteiligung der FPÖ gegen Österreich verhängt wurden, waren, wie es im Rückblick selbst von Brüssel gesehen wird, ein schwerer Fehler. Österreich wurde damals trotz besseren Wissens zum stellvertretenden Prügelknaben, da das Phänomen eines neuen Rechtspopulismus in anderen EU-Ländern, wie etwa in Frankreich mit Le Pen, schon vorher zum politischen Problem geworden war. Die Regierungsbeteiligung des rechtspopulistischen Lagers in Österreich hat dieses zwischenzeitlich auch entzaubert, da die hehren populistischen Versprechungen, mit denen man Stimmenfang betrieb, Makulatur blieben. Der Erfolg der Rechtspopulisten ist aber ein Alarmzeichen für die etablierten demokratischen Parteien und ihre Ideenarmut bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben in einer sich ändernden Welt, auf die nicht mit Problemlösungsmodellen von gestern geantwortet werden kann. Die Globalisierung, die mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich gewordenen Schwachstellen, die erfreulicherweise in den Industriestaaten, aber auch in den Schwellenländern zunehmende Lebenszeit der Menschen, die Sicherung der Lebensgrundlagen einer wachsenden Weltbevölkerung erfordern neue Denkansätze, neue Schwerpunkte in der Bildungs-, Wissen-

schafts- und Forschungspolitik und neue wirtschafts- und sozialpolitische Regelungen. Das Schweigen der etablierten Parteien dazu ist der Nährboden politischer „Rattenfänger von Hameln“ und beides der sichere Weg, die Zukunft zu verspielen, bevor sie begonnen hat.

Österreich hat nach 1945 aus seiner Geschichte gelernt. Das rege Interesse vor allem auch junger Menschen an den Veranstaltungen zum Jubiläumsjahr „50 Jahre Staatsvertrag“ und der gleichnamigen, auf private Initiative zustande gekommenen zentralen Ausstellung im Schloss Bevedere in Wien hat hohes Interesse an der Entstehungsgeschichte der österreichischen Republik dokumentiert. Dies wird auch durch immer zahlreichere Fachpublikationen und Dokumentationen zur neueren österreichischen Geschichte unterlegt. Umso bedauerlicher ist, dass es bislang verabsäumt wurde, diesem Interesse mit einem „Haus der Geschichte“ Rechnung zu tragen.

Die Unterstützung der internationalen Sicherheit und des Friedens wurde zur außenpolitischen Doktrin der Republik. Daher entwickelte sich Österreich seit 1945 zu einem bedeutenden Asylland in Europa. Seit damals sind fast zwei Millionen Menschen durch und über Österreich in die Freiheit gelangt. Darunter waren 500.000 Juden (alleine 400.000 in den 70er Jahren) aus der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten. 1956 kamen rund 256.000 Ungarn, nach 1968 etwa 100.000 Tschechen und Slowaken. Als in Polen 1980/81 das Kriegsrecht verhängt wurde, hielten sich in dessen Gefolge etwa 150.000 Polen zumindest vorübergehend in Österreich auf. Zuletzt hat Österreich 80.000 Flüchtlinge aus Bosnien aufgenommen und spendete hohe Beträge an die notleidende Bevölkerung von Nachbarstaaten. So erbrachten, um nur ein Beispiel anzuführen, die privaten Spenden der österreichischen Bevölkerung für die Opfer des Bosnien-Krieges eine doppelt so hohe Summe wie jenen Betrag, den alle EU-Staaten gemeinsam als Bosnien-Hilfe zur Verfügung stellten.

Seit der Wiedererlangung seiner politischen Selbständigkeit hat Österreich, das bis 1989 am Eisernen Vorhang und im Windschatten des Kalten Kriegs lag, eine klare Westanbindung vollzogen. Es trat der OEEC, der heutigen OECD, der UNO, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sowie zahlreichen anderen internationalen Organisationen bei und beteiligte sich an einer Vielzahl von UN-Frie-

denseinsätzen. Mit der im August 1979 eröffneten UNO-City wurde Wien zu einem Standort von weltweit insgesamt drei permanenten UNO-Sitzen. Die Wahl von Wien, die noch in die Zeit der Ost-West-Konfrontation fiel, sollte den Anspruch von Wien als internationale Begegnungsstätte festigen, vor allem aber die Einbindung Österreichs in die internationale Staatengemeinschaft untermauern. Die Implosion des Sowjetimperiums und sein Zerfall und damit der Wegfall des Eisernen Vorhangs 1989 brachte die Ostöffnung, mit der die Logik der Geografie wieder zu ihrem Recht kam. Daraus hat Österreich beträchtlichen Nutzen ziehen können. Sobald es durch das Ende des Kalten Krieges realpolitisch möglich war, trat Österreich 1995 – gemeinsam mit Finnland und Schweden – der Europäischen Union bei. Bei der Volksbefragung am 12. Juni 1994 stimmten 66,64 Prozent einem Beitritt zu. Seit 1. Jänner 2002 ist in Österreich der Euro zum alleinigen Zahlungsmittel geworden. Österreich hat die Einführung des Euro allerdings mit der in den Siebzigerjahren erstrittenen Hartwährungspolitik und der damals im Sinne einer optimalen Währungszone verbundenen Bindung des Schillings an die D-Mark gleichsam vorweggenommen.

Die Geschichte der Zweiten Republik wurde zur Erfolgsgeschichte.

Deutlichster Indikator dafür ist der Massenwohlstand und ein hohes Maß an Wohlfahrt und sozialer Sicherheit: Die Wochenarbeitszeit verringerte sich in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg von 48 auf 38 Stunden, der Mindesturlaub erhöhte sich von zwei auf fünf Wochen. 1955 gab es 150.000 PKWs, 2010 4,3 Millionen. 1955 gab es über 500.000 Festnetzanschlüsse (davon etwa 100.000 Viertelanschlüsse), im ersten Dezennium des 21. Jahrhunderts verfügt statistisch gesehen jeder Österreicher über ein Mobiltelefon. 1955 entfielen von den gesamten Spareinlagen – eine Untergliederung in private Haushalte gab es damals noch nicht – statistisch gesehen auf jeden Österreicher 105 Euro. 2009 betragen die privaten Spareinlagen rund 159 Milliarden Euro, was im Durchschnitt einem Betrag von 19.011 Euro pro Kopf entspricht.

„Österreich über alles, wann es nur will“ – so hat der 1684 aus Frankfurt nach Wien zugewanderte Philipp von Hörnigk sein Buch betitelt, in dem er den Nachweis erbringen wollte, „wie mittels einer wohlbestellten Landesökonomie die kaiserlichen Erbland in kurzem über alle anderen Staaten von Europa zu erheben sind“. Mit der Entwicklung nach 1945 hat Österreich den Beweis für die These von Hörnigk erbracht.